

OA-Update / 14, 2. Dezember 2021

# Osteuropa



Osteuropa und die Länder der Östlichen Partnerschaft spielen in den Überlegungen der neuen Bundesregierung durchaus eine wichtige Rolle. Dies zeigt der neue Koalitionsvertrag, den wir in diesem Update näher betrachten. Die Regierungskoalition wird gleich zu Beginn mit einer angespannten Situation konfrontiert: Die Konflikte

zwischen Belarus und der EU haben diese Woche zu neuen Sanktionen geführt. Gleichzeitig wächst in der Ukraine die Sorge über die Konzentration russischer Truppen an den Grenzen. Wirtschaftlich standen in den vergangenen Tagen der Umgang mit Zahlungsrückständen der ukrainischen Regierung für Investoren im Bereich Erneuerbare Energien im Fokus. Der IWF gab für das Land unterdessen eine Tranche von rund 700 Millionen Dollar frei. Vor dem Hintergrund der aktuellen Spannungen erweiterte die Europäische Union am 2. Dezember 2021 ihre Sanktionen. Trotz der politischen Spannungen entwickelt sich die belarussische Wirtschaft im aktuellen Umfeld relativ robust. Die Republik Moldau verhandelt weiter über die künftige Gasversorgung des Landes. Die neue Regierung verfolgt zudem ambitionierte Ziele mit Blick auf eine Verwaltungsreform. Armenien hat mit russischen Partnern Abkommen über große Investments im Bereich Bergbau und Kernkraft geschlossen. Aserbaidschan baut seine Gaspartnerschaft aus, arbeitet aber auch an der Entwicklung seines regenerativen Energiesektors. Georgien hat sich im aktuellen Internationalen Corruption Perception Index weiter verbessert. Neben diesen Informationen laden wir Sie mit diesem Update auch zur Teilnahme an der ersten großen Osteuropa-Umfrage des Ost-Ausschusses ein.

**Hier alle Themen in der Übersicht:**

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

### Große OA-Wirtschaftsumfrage – bitte jetzt beteiligen

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft führt erstmals eine Umfrage zum Geschäftsklima deutscher Unternehmen in Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien durch. Dabei geht es um die wirtschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, die Aktivitäten der deutschen Wirtschaft sowie um die Wirtschaftsbeziehungen zu allen 29 Partnerländern des Ost-Ausschusses. Wir bitten alle Mitgliedsunternehmen und Partner des Ost-Ausschusses herzlich um Beteiligung an der Umfrage. Die Umfrage richtet sich darüber hinaus auch an alle für diese Märkte zuständigen Vertreterinnen/Vertreter deutscher Unternehmen/Tochterunternehmen. Die Ergebnisse sollen eine detaillierte Einschätzung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung in einzelnen Ländern/Regionen ermitteln. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihre spezifische regionale Expertise mit uns teilen könnten und uns Ihre Antworten am besten unmittelbar zusenden würden. Wir stellen die Ergebnisse anschließend selbstverständlich allen Beteiligten individuell zur Verfügung:

[Link zum Fragebogen](#)

Passwort: OA2022!

### Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung

Im **Koalitionsvertrag der neuen deutschen Bundesregierung** spielen die Länder der Regionaldirektion Osteuropa eine explizite Rolle. Die **Förderung und Entwicklung der Beziehungen zu den Ländern der Östlichen Partnerschaft wird als wichtiges Element** gesehen. Insbesondere rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Reformen sollen unterstützt werden. **Als Ziel werden weiterhin Visaerleichterung angestrebt, um den Austausch zu erleichtern.** Insbesondere mit Blick auf die **Ukraine wird die Unterstützung der territorialen Integrität des Landes** und zugleich die Zusammenarbeit im Bereich Energie betont, insbesondere in den Bereichen Erneuerbare Energie, Produktion von Grünem Wasserstoff, Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Reduktion. **Mit speziellem Blick auf Belarus wird die Unterstützung der Bevölkerung unterstrichen**, gleichzeitig aber auch neue Sanktionen in Aussicht gestellt, sollte sich die politische Situation nicht verändern. Der Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Oliver Hermes sieht im Koalitionsvertrag „ein klares Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit Osteuropa“. Hier seine erste Einschätzung im [Wortlaut](#).

### Region / Covid

**Seit dem 16. November 2021 akzeptiert die Europäische Union digitale COVID-Zertifikate aus Georgien, Moldau, Neuseeland und Serbien** unter den gleichen Bedingungen, wie umgekehrt das digitale COVID-Zertifikat der EU von diesen Ländern akzeptiert wird.

## Ukraine

Das Parlament der Ukraine hat am 4. November **neue Minister ernannt**. Neben **Oleksiy Reznikov als Verteidigungsminister**, wurde mit **Yulia Svyridenko eine neue Wirtschaftsministerin**, mit **Iryna Vereshchuk eine neue Ministerin für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete** und mit **Pavlo Ryabikin ein neuer Minister für die strategische Industrie** ernannt.

Nach Angaben auf der Website des **staatlichen Unternehmens „Guaranteed Buyer“ (GB)** hat der GB **16,27 Milliarden UAH zur Deckung der Schulden für Strom aus erneuerbaren Energien in den Jahren 2020-2021 gezahlt** (18. November 2021). **Alle Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energiequellen, mit Ausnahme der zu DTEK Renewables gehörenden Unternehmen, haben die Zahlungen erhalten**. 3,04 Milliarden UAH wurden von der Abwicklungsbank an den GB zurückgegeben und werden in späteren Perioden verwendet. **Zur Deckung der notwendigen Summe hat das staatliche Energieunternehmen Ukrenergo eine fünfjährige „grüne und nachhaltigkeitsbezogene“ Euroanleihe in Höhe von 825 Millionen Dollar** mit einer Rendite von 6,875 Prozent **begeben**. Unter anderem hat sich die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) an der Zeichnung des grünen Bonds beteiligt. Mit der Auszahlung der Außenstände wird erwartet, dass sich das Klima für Investitionen und Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien im Land verbessern wird. **Gleichwohl löste die Entscheidung, Unternehmen der DTEK Renewables explizit auszuschließen, größere Diskussionen im Land aus**. Beobachter ordnen dies in einen größeren Konflikt zwischen Präsident Selenskiy und dem Oligarchen und DTEK-Eigner Rinat Akhmetov ein. **Hintergrund scheint u.a. der strenger und auch demonstrativer zu werdende Kampf des Präsidenten gegen Oligarchen und deren Medienmacht zu sein**. **Zur weiteren Beunruhigung führte im November die erneute Konzentration russischer Truppenverbände an den Grenzen der Ukraine**. Allerdings gehen hier die Bewertungen, ob dies konkrete Vorbereitungen für militärische Aktionen oder lediglich Drohgebärden seien, auseinander.

**Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat am 22. November 2021 seine erste Überprüfung im Rahmen der im Juni 2020 begonnenen Stand-By Kreditvereinbarung mit der Ukraine erfolgreich abgeschlossen**. Damit kann die Ukraine eine **Darlehenstranche in Höhe von 699 Millionen Dollar** im Rahmen des Programms erhalten. Das IWF-Exekutivdirektorium genehmigte auch den Antrag der Ukraine, **das laufende Programm, das ursprünglich im Dezember 2021 auslief, bis Ende Juni 2022 zu verlängern**. Im **Gegenzug verpflichtete sich die Ukraine auf Verbesserungen in den Politikbereichen**. Darunter auf eine konsistente Finanzpolitik, die die mittelfristige Schuldenfähigkeit bewahrt und die Risiken "von quasi-fiskalischen Operationen, einschließlich im Energiesektor", verringert, auf die Wahrung der Unabhängigkeit der Zentralbank und der Inflationsziele, auf "die Sicherstellung der finanziellen Gesundheit der Banken, auch durch eine verantwortungsvolle Unternehmensführung", auf "die Bekämpfung der Korruption und das Vorantreiben der Umsetzung der Justizreform" sowie auf "die Verringerung der Rolle des Staates und der Interessengruppen in der Wirtschaft".

**Beobachter werten den Fakt, dass die Freigabe der Mittel ohne die eigentliche Abstimmung über den ukrainischen Haushalt für das nächste Jahr, die normalerweise vom IWF gefordert wird, stattgefunden hat, als eine Geste des Vertrauens gegenüber**

**den ukrainischen Behörden.** Die Hauptrisiken werden bei der Umsetzung der Ziele in den Bereichen Währung, Korruptionsbekämpfung und Unternehmensführung gesehen.

## **Belarus**

**Seit Monaten spielen sich dramatische Szenen an der belarussischen Grenze mit der EU ab.** Das Regime in Minsk holt gegen Zahlung von mehreren tausend Dollar offenbar gezielt Migranten aus dem arabischen Raum mit Visa ins Land und schickt sie dann Richtung EU, wo sie um Asyl nachsuchen sollen. **Die EU-Außenminister erweiterten am Montag, den 15. November den Sanktionsrahmen für Belarus, sodass künftig auch derartige Schleusungen und die Instrumentalisierung von Migranten sanktioniert werden kann.** Auf der Sanktionsliste, die am 2. Dezember veröffentlicht wurde, befinden sich **17 Verantwortliche und elf Organisationen**, die nach dieser Entscheidung neu gelistet werden und die damit Einreise- und Vermögenssperren unterliegen; gelistete Unternehmen müssen sämtliche Geschäftsaktivitäten in der EU einstellen und Unternehmen aus der EU ist es untersagt, geschäftliche Beziehungen mit diesen Personen und Institutionen zu unterhalten. Die offizielle Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union finden Sie hier: [Publications Office \(europa.eu\)](https://publications-office.europa.eu). Damit sind nun 183 Personen und 26 Institutionen und Unternehmen von Maßnahmen der EU betroffen. Gleichzeitig verschärfte auch die USA in Abstimmung mit der EU ihre Maßnahmen und erweiterte den sanktionierten Kreis. Schwerpunkt hier liegt insbesondere auf der Erschwerung der Ausgabe von Staatsanleihen am internationalen Kapitalmarkt. Weiterführende Informationen finden Sie hier: [OFAC SDN List Update: Belarus Designations; Publication of Belarus Directive 1 and related Frequently Asked Questions; Issuance of Belarus General License 5 \(govdelivery.com\)](#).

**Mit Blick auf den Warentransit über Belarus laufen zumindest die Zugverkehre problemlos. Logistiker berichten allerdings von LKW-Staus.** Nach technischen Umstellungen scheint es Probleme bei der Abwicklung an der Grenze zu geben. Jedoch besteht nicht der Eindruck, dass diese Staus auf Grundlage politisch getroffener Entscheidungen entstanden sind. Nichtsdestotrotz verstärken angesichts der fortdauernden Migrationskrise die Nachbarn von Belarus (außer Russland) ihren Grenzschutz durch feste bauliche Einrichtungen (Litauen, Polen) oder durch erhöhte Präsenz von Grenztruppen (Ukraine).

## **Moldau**

**Der Gasstreit zwischen der Republik Moldau und dem russischen Konzern Gazprom schwelt weiterhin.** Gegenstand sind vor allem offene Forderungen Gazproms und seiner Tochterunternehmen und unterschiedliche Interpretationen über diese Forderungen. Ende November wurde immer wieder über eine bevorstehende Unterbrechung der Gasversorgung spekuliert. **Derweil arbeitet die moldauische Regierung strategisch an der Diversifizierung ihrer Bezugsquellen und der besseren technischen und infrastrukturellen Erreichbarkeit des Landes.**

**Die neue moldauische Regierung setzt auf eine Modernisierung des Staates und der Verwaltung.** Unter anderem soll der Personaleinsatz in Ministerien und Behörden verbessert werden, um Unter- oder Überbesetzungen besser steuern zu können. Zudem soll ein neuer Rekrutierungsprozess eingeführt werden, der offen und transparent über

Ausschreibungen funktionieren soll. Dies teilte der moldauische Parlamentsabgeordnete Adrian Balutel anlässlich einer Moldau-Konferenz am 23./24. November 2021 in Berlin mit. Zudem stünden die Lösung des Gaskonflikts, der Ausbau erneuerbarer Energie, die Regionalentwicklung sowie die Entwicklung der Qualitätsinfrastruktur (u.a. Prüf- und Zertifizierungsstellen) im Fokus. Die Republik Moldau muss darüber hinaus Nachfolgelösungen für die erfolgreich arbeitenden Freihandelszonen im Land finden. Die Regelung läuft im Jahr 2024 aus, dies ist entsprechend im Freihandelsabkommen mit der EU festgelegt. Balutel ist Abgeordneter der Regierungsfraktion PAS.

## Armenien

In **Armenien** soll in den kommenden Jahren in der Provinz Syunik **eine neue Kupferhütte und ein Kernkraftwerk errichtet werden**. In der Region befindet sich bereits das Kupfer- und Molybdänkombinat Zangezur, welches zu den größten Steuerzahlern des Landes zählt. Dies erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Suren Papikyan am 18. November 2021 im Parlament. **Die Kosten für die Schmelzanlage werden auf rund zwei Milliarden Dollar beziffert**. Im September erwarb das russische Unternehmen Geopromining 60 Prozent des Zangezur-Kombinats. Durch die **Investition soll künftig der Export von Kupferlegierungen anstelle von Kupferkonzentrat möglich sein**. In Kooperation mit dem staatlichen russischen Atomkonzern Rosatom wird daran gearbeitet, die Laufzeit des bestehenden armenischen Kernkraftwerks zu verlängern und gleichzeitig ein neues Kernkraftwerk zu bauen.

**Vom 19. Oktober bis zum 12. November führte ein Team des Internationalen Währungsfonds (IWF) Gespräche für die Artikel-IV-Konsultation 2021 sowie für die kombinierte vierte und fünfte Überprüfung des armenischen Wirtschaftsprogramms durch, das durch eine IWF-Bereitschaftskreditvereinbarung (SBA) unterstützt wird**. Die Mission wird als Erfolg bewertet, sodass nach Freigabe des IWF-Exekutivdirektoriums **Zahlungen von 72,5 Millionen Dollar freigegeben werden**. Eine wachsende Wirtschaft (plus fünf Prozent in der ersten Jahreshälfte 2021), ein verringertes Haushaltsdefizit, eine stabile Lage im Bankensystem mit ausreichend Kapital- und Liquiditätspuffer sowie eine starke Außenwirtschaftslage mit einer aufgewerteten Währung begründen die positive Bewertung.

## Aserbaidshon

**Aserbaidshon**, Iran und Turkmenistan haben am 28. November in Aschgabat ein **trilaterales Abkommen über den Austausch von Gaslieferungen** unterzeichnet. Das Abkommen sieht vor, dass jährlich 1,5 bis zwei Milliarden Kubikmeter Gas von Turkmenistan über den Iran nach Aserbaidshon geliefert werden.

Das **aserbaidshonische Parlament** hat auf seiner Sitzung am 24. November 2021 **Änderungen am Steuergesetzbuch** verabschiedet. Mit den Anpassungen soll vor allem die unternehmerische Tätigkeit im Land gefördert werden. So werden unter anderem die **Steuerbemessungsgrundlage erweitert, Mechanismen der Steuerbuchhaltung, der Besteuerung und der Steuerkontrolle vereinfacht und Steueranreize für Unternehmen geschaffen**.

**Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) möchte künftig die aserbaidische Regierung bei der Entwicklung eines kohlenstoffarmen und klimaresistenten Konzepts für den Stromerzeugungssektor unterstützen.** Dies kündigte Kamola Makhmudova, EBRD-Leiterin in Aserbaidisch, an. Die Bank unterstützt beim Kapazitätsaufbau und Finanzierungsfragen und ist auch in die erste Ausschreibung für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien über wettbewerbsorientierte Auktionen und die Entwicklung eines regulatorischen Rahmens für dezentrale Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien mit dem aserbaidischen Energieministerium in engem Austausch.

## **Georgien**

Das Agrarministerium von **Georgien** teilt mit, dass der **Export georgischer Haselnüsse zwischen Januar und Oktober 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 31,1 Prozent stieg.** Hauptabnehmer sind Italien und Deutschland. Allein zwischen August und November nahmen beide Länder rund 8.600 Tonnen ab. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 14.600 Tonnen exportiert.

**Das georgische Finanzministerium hat Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über die Einleitung eines neuen Dreijahresprogramms aufgenommen.** Im Kern sollen im Rahmen des neuen Programms vor allem Strukturreformen und makroökonomische Ziele verfolgt werden. Weitere Details über Volumen und Beginn des Programms wurden zunächst noch nicht veröffentlicht.

Im Rahmen eines Zwischenberichts zum georgischen Arzneimittelmarkt erklärte der georgische Premierminister Irakli Garibaschwili, die Regierung werde „aktiv“ mit Vertretern der Pharmaindustrie verhandeln, um die **Arzneimittelpreise zu regulieren.** Bei einem Treffen mit dem Leiter der georgischen Wettbewerbsbehörde, Irakli Lekvinadze, kritisierte Garibaschwili **die hohen Arzneimittelpreise im Land und forderte transparentere Regulierungsmaßnahmen.**

Das Schweizer Risikomanagement-Unternehmen Global Risk Profile (GRP) hat am 9. November 2021 den **Globalen Korruptionsindex 2021 veröffentlicht. Georgien rückte im Vergleich mit 195 anderen Ländern auf Platz 41 vor, nachdem das Land im Vorjahr noch auf Platz 50 gelistet wurde.** Mit der Verbesserung lässt das Land nun insgesamt neun EU- und NATO-Mitgliedstaaten hinter sich. Auf dem Index, der das Korruptionsrisiko in den Ländern misst, erhielt Georgien eine Punktzahl von 33,26 auf einer Skala von 0 bis 100, während das Korruptionsrisiko in dem Land als "niedrig" bewertet wurde.

## **Konjunktur**

---

**Ukraine:** Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in der Ukraine ist im 3. Quartal 2021 auf ein Plus von 2,4 Prozent im Vorjahresvergleich gesunken, wie die Ukrainische Statistikbehörde mitteilte. Im zweiten Quartal betrug das Wachstum noch 5,7 Prozent im Vorjahresvergleich. Experten bewerten die Entwicklung skeptisch. Positiv bewertet wird die Entwicklung des Agrar- und Bausektors. Deren Wachstumsraten werden nach

Expertenmeinung aber nicht die schwache Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe ausgleichen können.

**Armenien:** Die Eurasische Entwicklungsbank (EDB) erwartet, dass die armenische Wirtschaft in diesem Jahr um 4,5 Prozent und im Jahr 2022 um 4,8 Prozent wachsen wird. Der Außenhandel wuchs von Januar bis Oktober 2021 im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2020 um 13,6 Prozent auf rund 6,5 Milliarden Dollar, wie das Nationale Statistikkomitee mitteilte.

**Georgien:** Das Bruttoinlandsprodukt ist zwischen Januar und Oktober 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 10,5 Prozent gestiegen, wie vorläufige Daten des Nationalen Statistikamtes Georgiens (GeoStat) zeigen. Bis auf das Baugewerbe verzeichneten alle Sektoren Wachstumsraten.

**Aserbaidschan:** Der Außenhandelsüberschuss Aserbaidschans belief sich im Zeitraum zwischen Januar und Oktober 2021 auf 7,5 Milliarden Dollar, wie das staatliche Zollkomitee mitteilte. Der Handelsumsatz des Landes belief sich im gleichen Zeitraum auf insgesamt 26,1 Milliarden Dollar. Davon entfielen 16,8 Milliarden Dollar oder 64,3 Prozent auf den Export und 9,3 Milliarden Dollar oder 35,6 Prozent auf den Import. Bei den Exporten entfielen auf die EU-Länder 9,7 Milliarden Dollar oder 57,6 Prozent, auf die „GUS-Länder“ 1,4 Milliarden Dollar oder 8,5 Prozent und auf andere Länder 5,6 Milliarden Dollar oder 33,7 Prozent der Gesamtexporte des Landes. Was die Struktur der Exporte angeht, so entfiel der größte Teil des Volumens mit 87,8 Prozent auf Produkte aus dem Öl- und Gassektor, während der Nicht-Öl- und Gassektor 12,1 Prozent des gesamten Exportvolumens ausmachte.

## Projekte

---

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

## Veranstaltungsnachlese

---

- **2. November 2021: German Ukrainian Digital Partnership goes Claas** – Vorstellung des ukrainischen Ökosystems im Bereich AgriTech. Mit dem Format setzte der Ost-Ausschuss sein Format „German Ukrainian Digital Partnership“ fort. Gemeinsam mit IT Clustern aus der Ukraine präsentierten innovative Unternehmen aus der Ukraine Lösungen im Bereich Kartografie, Datenmanagement und Sattelitenteknik.

- 12. November 2021:** Vorstellung „IT Mapping Ukraine“ in Kooperation mit dem German Economic Team Ukraine. [Panel discussion on the Ukrainian IT sector - YouTube](#). Die Ergebnisse des Mappings finden Sie auf den Seiten des Ost-Ausschusses: [The development and opportunities of the IT sector in Ukraine | online | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#). Die Ukraine wächst weiterhin stark im IT- und Digitalbereich. Der Anteil am BIP steigt stetig. Gleichzeitig wird auch deutlich, dass sich das Geschäftsmodell mittelfristig ändern wird, weg von einem Dienstleistungs- und Serviceschwerpunkt hin zu einem wachsenden Sektor von „product companies“. Investitionen in Bildung und Personal bleiben darüber hinaus ein entscheidender Faktor.
- 19. November 2021 – Austausch mit der Stiftung H2 global zu Förderinstrumenten für die Wasserstoffproduktion.** In einer Online-Runde mit Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses stellten alle drei Geschäftsführer der H2Global Stiftung, Markus Exenberger, Timo Bollerhey und Kirsten Westphal (SWP/bei H2global ab 01.01.2022) ihr Konzept vor. Die Stiftung hat demnächst 900 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt zu erwarten, um weltweit größere Wasserstoffprojekte auf 10 Jahre beim Markthochlauf zu unterstützen. Im ersten Jahr ist die Förderung von 3 - 5 Projekten zu erwarten. Die Stiftungstochter HINT.CO soll als Intermediär den Differenzbetrag zwischen Produktionskosten und dem erzielbaren Marktpreis ausgleichen, um business cases zu schaffen. In Doppelauktionen sucht HINT.CO sowohl nach den günstigsten Wasserstoff-Produzenten als auch nach den Höchstbietenden für den Bezug. Die erste Ausschreibung soll Anfang 2022 erfolgen, das erste Wasserstoffprojekt ab 2024 arbeiten.
- 19. November 2021 – Minsk Forum XIX - Welchen Einfluss haben die westlichen Sanktionen auf Belarus?** Diese Frage stand am 19.11.2021 im Mittelpunkt des Wirtschaftspanels des Berliner Teils des diesjährigen 19. Minsk Forums der Deutsch-Belarussischen Gesellschaft. Ein von OA-Regionaldirektor Stefan Kägebein moderiertes Panel mit den drei Wirtschaftsexperten Dmitry Chervyakov, Berlin Economics / German Economic Team, Lev Lvovskiy (BEROC) und Daniel Krutzinna (CIVITTA Consulting) erbrachte überraschende Erkenntnisse: Trotz der Sanktionen wächst die belarussische Wirtschaft 2021 deutlich über zwei Prozent. Es gebe sogar ein „Exportwunder“. Die Gründe sind, dass Belarus trotz hoher Infektionszahlen keinen Corona-Lockdown verhängt hat und von stark steigenden Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt profitieren konnte und dass sich die im Juni 2021 verschärften EU-Sanktionen erst im Jahr 2022 richtig auswirken würden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#). Der Mitschnitt des Wirtschaftspanels ist über YouTube (Panel II ab 02:50:00 Min.) hier möglich: <https://lnkd.in/d98QVmji>.
- 23./24. November 2021 – Wasserstoffpartnerschaft Deutschland – Ukraine.** Am 23. und 24. November 2021 hielt sich eine Regierungs- und Unternehmensdelegation aus der Ukraine in Deutschland auf. Im Zentrum standen Diskussionen zur Weiterentwicklung der deutsch-ukrainischen Wasserstoffpartnerschaft. Der Ost-Ausschuss beteiligte sich an der Sitzung der bilateralen Regierungsarbeitsgruppe und organisierte in Kooperation mit der Deutschen Energie-Agentur (dena) am 24. November einen Austausch für

Unternehmen aus beiden Ländern, um gezielt Partnerschaften im Bereich Wasserstoff zu fördern. Der Round Table ist Bestandteil der Ost-Ausschuss-Aktivitäten im Bereich Wasserstoff, die auch im Jahr 2022 fortgesetzt wird.

## Termine

---

- **6. Dezember 2021: Pushing Eastern Europe Forward** – Schwerpunkt Compliance (digital; [www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de))
- **9. Dezember 2021:** Online-Briefing zum IT-Markt Moldau mit dem moldauischen Wirtschaftsminister Sergiu Gaibu und dem neuen Botschafter in Berlin Aureliu Ciocoi – das Programm und Möglichkeiten zur Anmeldung finden Sie hier: [IT Nearshoring Moldova 2021 | Online | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
- **13. Dezember 2021:** Online-Briefing zur aktuellen Strategie Aserbaidschans beim Ausbau regenerativer Energien (Veröffentlichung folgt auf [www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de))
- **15. Dezember 2021:** Voraussichtlich Briefing zur aktuellen Lage in der Ukraine mit Vertretern der Deutschen Botschaft Kiew und des Auswärtigen Amtes; Einladung folgt.

## Tipps & Links

---

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse [kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de](mailto:kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de) wenden.

Ein **aktuelles Ranking zur Entwicklung der Corona-Lage** in allen Ost-Ausschuss-Ländern mit den Veränderungen der Infektionslage zur Vorwoche und dem prozentualen Anteil der Infizierten an der Bevölkerung finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des Ost-Ausschusses (siehe Tabelle als pdf-Download am Ende der Übersicht).

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region:**

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidschan: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covideconomy.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Republik Moldau: [| Ministerul Afacerilor Externe și Integrării Europene al Republicii Moldova \(gov.md\)](#)

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Weiterhin können Sie sich zu den **aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus** inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien:  
<https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidschan  
<https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus  
<https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien  
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine  
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen +++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in 29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft!

Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier. Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: **Cristina Zelenac**, [C.Zelenac@oa-ev.de](mailto:C.Zelenac@oa-ev.de),  
**Tel.: +49 30 206 167 121.**

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [Linkedin](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

## Kontakt

---

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Ukraine, Republik Moldau) wenden Sie sich gerne an:



**Stefan Kägebein**

Regionaldirektor Osteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: [s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de)



**Sarah Guhde**

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: [S.Guhde@oa-ev.de](mailto:S.Guhde@oa-ev.de)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

## Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

**Presse-Kontakt:** Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.  
Andreas Metz  
Tel.: +49 (0)30 206167-120  
E-Mail: [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)